



**Regionalkonferenz Berlin „Aktiv für Ausbildung“
25. September 2006
Haus der Deutschen Wirtschaft, Breite Straße 29, 10178 Berlin**

Eröffnungsrede

Andreas Storm

Parlamentarischer Staatssekretär

im Bundesministerium für Bildung und Forschung

Entwurf

Sehr geehrter Herr Eder (HGF IHK Berlin),
sehr geehrte Frau Ahlers (St Senatsverwaltung Wirtschaft, Arbeit und Frauen),
sehr geehrter Herr Wiegand, (GF HwK Berlin)
sehr geehrter Herr Piening (Integrationsbeauftragter des Berliner Senats),
sehr geehrter Vertreter der Berliner Wirtschaft,
sehr geehrte Berufsbildungsexperten,
sehr geehrte Damen und Herren,

schaut man in die Telefonbücher Berlins oder vieler anderer deutscher Städte, so findet man neben den vielen Müllers, Meyers, Schmidts zahlreiche Namen, die eigentlich keinen deutschen Ursprung haben. Deutschland – im Herzen Europas gelegen – ist geprägt von Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft, als Fremde kamen ihre Vorfahren einstmals nach Deutschland und haben hier eine neue Heimat gefunden. Heute erinnert bei vielen Deutschen nur noch der Name an ihre besondere Geschichte.



„Die Welt zu Gast bei Freunden“ hieß das Motto der diesjährigen Fußballweltmeisterschaft. Hunderttausende Fußballfans aus allen Herren Länder haben in Deutschland vier Wochen lang ein fröhliches Fest gefeiert. Deutschland feierte nicht nur mit Menschen unterschiedlicher Herkunft, in Deutschland leben auch Menschen unterschiedlicher Herkunft! Lukas Podolski, Gerald Asamoah, Miroslav Klose, Oliver Neuville, David Odonkor und jetzt aus Berlin: Malik Fathi... alles deutsche Nationalspieler mit – wie es neudeutsch heißt – Migrationshintergrund!

Wie wir alle wissen, hat in der jüngsten Geschichte – also vor rund 40 Jahren –erneut eine große Wanderungsbewegung nach Deutschland eingesetzt. Die so genannten „Gastarbeiter“ haben viel zu unserem Reichtum und Wohlstand beigetragen. Viele dieser Menschen sind geblieben, haben eine neue Heimat gefunden, die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen und leben und arbeiten inzwischen in der zweiten und dritten Generation.

In den letzten 20 Jahren ist zudem eine weitere bedeutsame Entwicklung eingetreten: Die jüngste Einwanderergeneration gestaltet unserer wirtschaftliches Leben zunehmend aktiv mit. Die Anzahl von Unternehmen in Deutschland mit Inhabern ausländischer Herkunft nimmt drastisch zu. Ihre Zahl hat sich seit Beginn der 90er Jahre fast verdoppelt auf jetzt schätzungsweise 300.000. Rund die Hälfte dieser Unternehmer stammt aus EU-Ländern. Die italienischen Mitbürger stellen hiervon mit knapp 50.000 Unternehmern (einschließlich 3.500 Eingebürgerte) die größte Gruppe – vor den griechischen Mitbürgern mit ca. 26.000 Selbstständigen (einschließlich 1.500 Eingebürgerte). Nicht nur innerhalb der Gruppe von Unternehmern mit Herkunft außerhalb der EU, sondern auch insgesamt spielen die türkischen Mitbürger in Deutschland die bedeutendste Rolle: Sie stellen rund 61.000 Unternehmer (einschließlich 17.500 Eingebürgerte). Die Selbstständigquote der Türken liegt mit rund 6 % zwar deutlich unter den Quoten der Griechen (über 15 %) und den Italienern (13 %). Die türkischen Selbstständigen verzeichnen jedoch in den letzten 15 Jahren die höchsten prozentualen Zuwachsraten (nahezu 100 %). Insgesamt ist festzuhalten, dass die Selbstständigkeitsraten bei den ausländischen Bevölkerungsgruppen im Vergleich zu den deutschen seit Anfang der 90er Jahre wesentlich dynamischer verläuft (z. B. bei den Türken um das Vier-, bei den Italienern um das Zweifache). Die meisten Unternehmen mit Inhabern ausländischer Herkunft sind kleinbetrieblich strukturiert, sie beschäftigen – von den unbezahlt



mithelfenden Familienangehörigen abgesehen – durchschnittlich zwischen 4 und 5 Personen. Das Gesamtvolumen der durch Migranten geschaffenen Arbeitsplätze beläuft sich auf weit über eine Millionen.

Auch in Berlin ist diese Entwicklung nicht vorbeigegangen: Unter den rund 3,4 Millionen Einwohnern leben – bei ungleicher Verteilung zwischen Ost- und Westberlin – weit über 13 Prozent ausländische Mitbürger, das sind rund 450.000. Fast jeder siebte Einwohner Berlins besitzt demnach keine deutsche Staatsangehörigkeit.

Die meisten ausländischen Mitbürger stammen aus der Türkei (ca. 119.000 Personen) gefolgt von Staatsbürgern aus dem ehemaligen Jugoslawien mit rund 52.000 Personen. Die drittstärkste Gruppe bilden Staatsbürger aus Polen mit rund 36.000 Personen.

Nicht extra erfasst sind die viele Aussiedler aus Osteuropa und Zentralasien, die zwar zugewandert sind, aber die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten haben. Nach Schätzungen des Bundesverbandes russischer Unternehmer in Deutschland liegt die Gesamtzahl russisch sprechender Bevölkerung in Berlin bei rund 220.000 Personen. Demnach dürfte die Anzahl der Zuwanderer und ihrer Nachkommen in Berlin bei weit über 600.000 Personen liegen.

Meine Damen und Herren,

gestatten Sie in diesem Zusammenhang einen kurzen Hinweis auf ein Daten-Problem. Die Statistiker können nur zwischen Menschen mit und ohne deutschen Pass unterscheiden, also zwischen Deutschen und Ausländern. Eingebürgerte Menschen zählen – und das ist auch richtig so – natürlich als Deutsche, ebenso die anerkannten Aussiedler bzw. Spätaussiedler. In Berlin wird z. B. die Zahl der eingebürgerten Türken auf 60.000 geschätzt, so dass wir dann auf eine Gesamtzahl von ca. 180.000 Einwohnern mit türkischen Migrationshintergrund kämen. Geschätzt wird die Zahl der Unternehmen in Berlin mit Inhabern türkischer Herkunft auf ca. 6.000. Eine Unterscheidung zwischen eingebürgerten und türkischen Inhabern ist praktisch nicht möglich.

Die Erfahrung zeigt, dass viele der Eingebürgerten und Aussiedler weiterhin die gleichen Schwierigkeiten und Probleme haben, wie die Einwohner ohne deutschen Pass. Viele Deutsche mit Migrationshintergrund bedürfen daher weiter der besonderen Unterstützung. Sie gezielt anzusprechen, ist aber für die Behörden und andere öffentliche Institutionen aufgrund



der Datenlage nicht einfach. Umso mehr sind wir hierbei auf die Unterstützung von Migrantenorganisationen und – im Falle der Unternehmen – auf die Hilfe von deutsch-ausländischen Unternehmerverbänden, wie z. B. der Türkisch-Deutschen Industrie- und Handelskammer, angewiesen, da sie in vielen Fällen auch Kontakt zu den Eingebürgerten ihrer Nationalität halten.

Meine Damen und Herren,

die Bundesregierung bekennt sich klar zur Bedeutung von Bildung, dualer Ausbildung und Qualifizierung. Bildung ist der Schlüssel für individuelle Lebenschancen und Motor für gesellschaftliche, wirtschaftlich-technische, kulturelle und soziale Entwicklungen. Junge Leute und ihre Talente bilden die Basis für die Zukunft unseres Landes. Es ist unsere Aufgabe, ihnen Chancen zum Aufbau ihrer beruflichen Existenz zu eröffnen und sie zur Teilhabe an der Gesellschaft zu befähigen. Dabei spielt unser duales System der Berufsbildung, also die praxisnahe Ausbildung im Betrieb mit ergänzendem Unterricht an der Berufsschule, eine zentrale Rolle.

Nach wie vor durchlaufen weit mehr als die Hälfte eines Altersjahrgangs (58 %) die duale Berufsausbildung. Insofern ist sie auch heute noch die mit Abstand bedeutendste Ausbildungsform in Deutschland.

Tatsache ist aber auch, dass wir seit einigen Jahren ein quantitativ unzureichendes Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen haben. Genaue Zahlen zum Abschluss des Vermittlungsjahres 2005/2006 (Stichtag 30.09.) werden erst am 11. Oktober bekannt gegeben. Zum jetzigen Zeitpunkt zeichnet sich – nach Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit – eine Lücke zwischen unbesetzten Ausbildungsstellen und nicht vermittelten Bewerbern ab, die etwas über dem Niveau des Vorjahres liegen dürfte. Damals fehlten 28.300 Lehrstellen. Auf der anderen Seite gibt es auch positive Signale. Die Meldungen der großen Ausbildungsbereiche DIHK und ZDH geben bisher Anlass zu der Erwartung, dass in diesem Jahr wieder mehr neue Ausbildungsverträge abgeschlossen werden. Bei den Industrie- und Handelskammern wurden bis Ende August 260.900 Ausbildungsverträge registriert, das sind 10.600 oder + 4,2 % mehr als im Vorjahr, bei den Handwerkskammern wurden bis Ende August 110.700 Ausbildungsverträge verzeichnet, das entspricht ungefähr dem Stand des Vorjahresmonats (genau: + 230 oder 0,2 %). Endgültige Klarheit werden wir erst Anfang



Dezember haben, wenn das Bundesinstitut für Berufsbildung die Daten der Kammer-Erhebung veröffentlichen wird.

Unabhängig davon ist eines gewiss: Die Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl betrieblicher Ausbildungsplätze bleibt auch für die kommenden Jahre eine besondere Kraftanstrengung aller Beteiligten in Wirtschaft und Politik.

Eine besondere Rolle kommt hierbei den Unternehmen mit Inhabern ausländischer Herkunft zu. Die Ausbildungspotenziale dieser in Deutschland erfolgreich agierenden Unternehmen sind aber noch nicht ausgeschöpft. Je nach Nationalität liegt ihre Beteiligung an der betrieblichen Ausbildung (wir sprechen in diesem Zusammenhang von der „Ausbildungsbetriebsquote“) lediglich zwischen 6 (Griechen) und 15 Prozent (Türken), zum Vergleich: Bundesweit beteiligen sich knapp 24 % aller Unternehmen an der Ausbildung. Schätzungsweise bundesweit 25.000 Ausbildungsplätze bieten Migrantenbetriebe derzeit an, davon ca. 7.500 von türkisch-, 6.500 italienisch- und 1.800 griechisch-stämmigen Unternehmern. Diese Zahl wollen wir deutlich steigern.

Die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag sowie deutsch-ausländischen Unternehmerverbänden gegründete Initiative „Aktiv für Ausbildungsplätze“, an der sich seit Frühjahr diesen Jahres auch meine Kollegin, Staatsministerin Böhmer, sowie das Handwerk beteiligen, setzt hier ein deutliches Zeichen: Wir wollen in den nächsten fünf Jahren bei ausländischen Unternehmen rund 10.000 neue Ausbildungsplätze mobilisieren. So wollen wir einen Beitrag zur Entlastung des Ausbildungsmarktes leisten und zugleich ein deutliches Signal zur Integration setzen.

Erfolgreiche Strategien zur Umsetzung dieser Ziele können jedoch nur vor Ort bzw. in den Regionen erarbeitet und umgesetzt werden. Die Initiative „Aktiv für Ausbildungsplätze“ hat daher beschlossen, unter der Schirmherrschaft meiner Kollegin Maria Böhmer und meiner Person insgesamt acht Regionalkonferenzen in Städten mit einem hohem Anteil an ausländischen Mitbürgern durchzuführen.

Mit der heutigen Regionalkonferenz in Berlin feiern wir Premiere! In den nächsten Monaten werden Köln, Ludwigshafen, Frankfurt, Hannover, München, Hamburg und Stuttgart folgen.



Für die Vorbereitung und Durchführung dieser Tagung möchte ich mich an dieser Stelle ganz herzlich bedanken bei der Industrie- und Handelskammer Berlin, der Türkisch-Deutschen Industrie- und Handelskammer sowie dem Bundesverband deutsch-russischer Unternehmer. Danken möchte ich auch der vom BMBF finanzierten Koordinierungsstelle Ausbildung in Ausländischen Unternehmen, kurz: KAUSA. Ihr obliegt die Gesamtkoordination unserer Konferenzreihe.

Meine Damen und Herrn,

was will die Initiative „Aktiv für Ausbildungsplätze“ mit dieser und den anderen Konferenzen erreichen?

Ziel ist es, alle regionalen Akteure, die zu einer Erhöhung der Ausbildungsbeteiligung ausländischer Unternehmen beitragen können, zu einem gemeinsamen Vorgehen zu bewegen. Dabei sollen möglichst konkrete Absprachen, ggf. sogar gemeinsame regionale Aktionspläne vereinbart werden. Mit den Regionalkonferenzen soll außerdem erreicht werden, die betriebliche Berufsausbildung als ein wichtiges Instrument nicht nur für die wirtschaftliche, sondern auch für die gesellschaftliche Integration ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken. Unternehmen mit ausländischen Inhabern sind inzwischen ein bedeutender Teil der deutschen Wirtschaft und damit gleichberechtigte und vor allem gleich gute Partner für die Berufsausbildung! Für ausländische wie für deutsche Jugendliche übernehmen sie eine Vorbildfunktion für eine erfolgreiche wirtschaftliche und gesellschaftliche Integration.

Parallel zu der gemeinsamen Initiative „Aktiv für Ausbildungsplätze“ wird das Bundesministerium für Bildung und Forschung seine Anstrengungen in diesem Themenkomplex weiter ausbauen. Im Rahmen des neuen BMBF-Ausbildungsstrukturprogramms JOBSTARTER gehört die Akquirierung von Ausbildungsplätzen bei ausländischen Unternehmen zu einem Schwerpunktthema der Projektförderung. Bei einer Laufzeit bis 2010 beträgt das Gesamtfördervolumen 125 Mio. Euro (einschließlich Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds, ESF). Im Rahmen der ersten Förderrunde konnten inzwischen acht Projekte, die die Förderung der Ausbildung in ausländischen Unternehmen zum Schwerpunkt haben, bei einem Fördervolumen in Höhe von rund 2 Mio. Euro bewilligt werden. Die Projekte, eines davon in Berlin, haben mit ihrer Arbeit im Sommer diesen Jahres begonnen. Schwerpunkt dieser Vorhaben ist die direkte



Ansprache und Erstberatung der Betriebe zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen. Darüber hinaus steht die Initiierung und Organisation von Ausbildungsverbänden, die passgenaue Vermittlung von Bewerbern sowie die Begleitung der Ausbildung im Vordergrund. Wie ich gehört habe, soll das Berlin Projekt, das vom Bildungswerk Kreuzberg durchgeführt wird, bereits über 60 betriebliche Ausbildungsplätze akquiriert haben! Für die zweite Jobstarter-Förderrunde haben wir die Fördermittel noch einmal verdoppelt, so dass Ende diesen Jahres bzw. Anfang nächsten Jahres sogar bis zu 100 weitere Projekte bewilligt werden können. Auch hierbei werden sicherlich eine Reihe von regionalen Projekten zur Förderung der Ausbildung in ausländischen Unternehmen beteiligt sein. Die Prüfung der entsprechenden Anträge (275 Anträge liegen insgesamt vor) durch die Jobstarter-Programmstelle beim Bundesinstitut für Berufsbildung hat gerade erst begonnen.

Das Engagement der deutsch-ausländischen Unternehmerverbände – nicht nur im Rahmen unserer Initiative „Aktiv für Ausbildungsplätze“ – ist nicht hoch genug einzuschätzen. Ebenso freue ich mich über die aktive Mitarbeit der Kammern sowie der Berliner Senatsverwaltung und der Arbeitsagentur. Ich bin sicher, wenn wir wie bisher gemeinsam an einem Strang ziehen, können wir den angespannten Ausbildungsmarkt entlasten und zugleich eine wirksame und nachhaltige Integration erreichen. Hierzu wird die Berliner Konferenz einen wichtigen Beitrag leisten.